

Berlin, 04.06.2020  
(pd 36\_20)

## Konjunkturprogramm der Bundesregierung

### **Chance vertan! Geräteoffensive statt Kinderbonus**

„Wir akzeptieren, dass die Bundesregierung den Eltern ein Signal der Wertschätzung zukommen lassen möchte. Sie haben in der Krise besondere Belastungen zu schultern, weil sie ihre Kinder betreuen, beim Homelearning unterstützen und gleichzeitig selbst ihrer Arbeit nachgehen sollen. Der Kinderbonus ändert aber nichts an dieser Situation und schafft auch nicht mehr Bildungsgerechtigkeit. Gerade in der Krise zeigt sich, dass dies aber Ziel sein muss“, stellt der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, klar.

Er bewertet damit einen der zentralen Punkte des Konjunkturprogramms der Bundesregierung. Demnach sei es laut Beckmann vor allem schade, dass die Chance vertan wurde, dieses Geld zielführend für die „Bildung in der digitalen Welt“ auszugeben: „Uns wird seit Jahren erklärt, dass es finanziell nicht möglich sei, digitale Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler zu beschaffen. Stattdessen wird zu Scheinlösungen wie „Bring your own Device“ geraten, obwohl sich dies in der praktischen Arbeit nicht bewährt und durch unsere [forsa-Umfrage](#) längst belegt werden kann, dass dieses Vorgehen neue Probleme schafft (Mobbing, Betreuung unterschiedlicher Software, Datenschutz). In der Krise wurde offenbart, wie notwendig jedoch ein eigenes Tablet oder Laptop ist. Deshalb wurden in einem Notprogramm bereits 500 Millionen Euro als Unterstützung für die Anschaffung solcher Geräte zur Verfügung gestellt. Dass das aber bei weitem nicht ausreicht, haben wir von Anfang an [deutlich gemacht](#). Mit 300 Euro pro schulpflichtigem Kind hätten wir flächendeckend für eine gleiche Ausstattung sorgen bzw. wenn bereits vorhanden das Geld für die moderne Ausstattung der Schulen nutzen können.“

Hoffnung gibt die Formulierung aus dem Papier, das „im Digitalpakt Schule der Katalog der förderfähigen Investitionen erweitert“ werde. „Es bleibt abzuwarten, was nun neu hinzukommt. Wichtig ist, dass Prozesse der Antragstellung auf den Prüfstand kommen. Es braucht einen schnellen und schlanken Prozess und eine angemessene Personaldecke in den Kommunen, damit die Gelder auch wirklich zeitnah dorthin fließen können, wo sie dringend gebraucht werden“, so Beckmann.

Doch nicht nur um die Ausstattung müsse es gehen, denn: „Geräte allein machen noch keinen besseren Unterricht. Um die Mehrwerte des Einsatzes digitaler Endgeräte auch zu erhalten, braucht es pädagogische Konzepte und quantitativ ausreichende sowie qualitativ hochwertige Fort- und Weiterbildungen, welche die Lehrkräfte in der Dienstzeit in Anspruch nehmen können. Hierzu haben sich die Länder bereit erklärt. Im Gegenzug dazu heißt es in dem Papier, dass sich der Bund über eine Pauschale an der Ausbildung und Finanzierung der IT-Administration beteiligt. Das ist eine zentrale Forderung des VBE, denn der technische Support ist nicht Aufgabe der Lehrkräfte, sondern der Schulträger.“

Behrenstraße 24  
10117 Berlin  
T. + 49 30 - 726 19 66 0  
F. + 49 30 - 726 19 66 19  
M. + 49 151 - 61 54 67 63  
[www.vbe.de](http://www.vbe.de)

**Anne Roewer**  
Pressereferentin des VBE  
[presse@vbe.de](mailto:presse@vbe.de)

Der VBE ist eine der beiden großen Lehrgewerkschaften in Deutschland. Er vertritt ca. 164 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

#### **VBE Landesverbände**

VBE Baden-Württemberg  
BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband  
VBE Berlin  
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband  
VBE Bremen  
VBE Hamburg im DLH  
VBE Hessen  
VBE Mecklenburg-Vorpommern  
VBE Niedersachsen  
VBE Nordrhein-Westfalen  
VBE Rheinland-Pfalz  
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband  
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE  
VBE Sachsen-Anhalt  
VBE Schleswig-Holstein  
tlv thüringer Lehrerverband